



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

*No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.*

ber wird der durchschnittliche Preis von Oktober bis Dezember allerdings etwas niedriger sein. Zu Beginn des folgenden Jahres dürften dann die Erzeugerpreise saisonalbedingt etwas nachgeben. Die hohen Preise für Schlachtschweine werden aber mindestens bis Mitte 1990 anhalten.

Die Wirtschaftlichkeit der Schweinehaltung bleibt somit für die überschaubare Zeit ungewöhnlich günstig. Die bisher geringe Ausdehnung der Sauendeckungen wird auch weiterhin ein knappes Ferkelangebot und hohe Ferkelpreise bedingen. Trotz der hohen Preise für Ferkel wird auch die Rentabilität der Schweinemast vorerst hoch bleiben. In Anbetracht der günstigen Wirtschaftlichkeit der gesamten Schweinehaltung muß jetzt befürchtet werden, daß die Produktion zu stark ausgeweitet wird. Eine Überreaktion in den Sauendeckungen während der nächsten Monate würde im Frühjahr 1990 zu sinkenden Ferkelpreisen und im Herbst 1990 zu sinkenden Schlachtschweinepreisen führen.

#### Zusammenfassung

Anfang August 1989 wurden 22,8 Mill. Schweine in der Bundesrepublik Deutschland gezählt, 1,0 Mill. Stück oder 4,4 % weniger als vor einem Jahr. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist bei allen Bestandsgruppen zu beobachten. Der Bestand an trächtigen Zuchtsauen war mit 1,62 Mill. Stück um 3,0 % geringer als vor Jahresfrist. Gegenüber April dieses Jahres haben die Sauendeckungen in dem sonst jahreszeitlich üblichen Umfang zugenommen und weisen somit keine konjunkturellen Veränderungen auf.

Die Bruttoeigenerzeugung an Schweinen unterschritt im Wirtschaftsjahr 1988/89 mit 37,8 Mill. Stück die Vorjahresproduktion um 3,2 %. Hierin enthalten ist ein Exportüberschuß an Ferkeln von 1,2 Millionen. Bei steigenden durchschnittlichen Schlachtgewichten ging die Bruttoeigenerzeugung an Schweinefleisch nur um 2,6 % auf 3,19 Mill. t SG zurück. Steigende Importe und rückläufige Exporte führten dazu, daß der Selbstversorgungsgrad auf 84,3 % abnahm. Für 1988/89 errechnet sich ein Schweinefleischverbrauch von 3,78 Mill. t, 0,8 % weniger als im Vorjahr. Da die Verbraucherpreise ebenfalls

leicht rückläufig waren, nahmen die Verbraucherausgaben um 2,0 % ab. Aufgrund einer starken Einschränkung der Vermarktungsspanne sind die Schlachtschweinepreise im abgelaufenen Wirtschaftsjahr deutlich gestiegen.

Für die zwölf Monate von Juli 1989 bis Juni 1990 wird eine Bruttoerzeugung an Schweinen (abzüglich Ferkelexporte) von 35,2 Mill. Stück erwartet, 1,4 Mill. Stück oder 3,7 % weniger als im abgelaufenen Jahr. Auch im Wirtschaftsraum der EG wird mit einem Rückgang der Schlachtschweineproduktion gerechnet. Bei der gegebenen Marktkonstellation können die Produzenten für 1989/90 auch weiterhin mit hohen Schlachtschweinepreisen rechnen.

#### Forecasting the pig market situation

At the beginning of August 1989 the pig population of the Federal Republic of Germany amounted to 22.8 million head, which is 1.0 million head or 4.4 % less than 12 months before. The stock of pregnant sows decreased by 3.0 % to 1.62 million head. Compared with April 1989 there is no cyclical change.

Gross domestic production of pigs from July 1988 to June 1989 amounted to 37.8 million head, which is 3.2 % less than 1987/88. This includes an export surplus of piglets of 1.2 million head. Because the average slaughter weight has been increased, the meat production from domestic animals decreased by only 2.6 %. While imports of live animals and pork increased, exports decreased. Consequently the degree of self-sufficiency dropped. The total demand decreased to 3.78 million tons.

For the economic year (July 1989/June 1990) gross domestic production of slaughter pigs (excl. piglets) is expected to amount to 35.2 million head, 1.4 million head or 3.7 % less than during the previous year. In other EEC countries production of slaughter pigs will also decrease, therefore, producers can further calculate with higher producer prices in 1989/90.

Verfasser: Prof. Dr. Ewald Böckenhoff und Dipl.-Ing. agr. Rainer Pflugfelder, Institut für Agrarpolitik und Landwirtschaftl. Marktlehre der Universität Hohenheim, Schloß / Postfach 70 05 62, 7000 Stuttgart 70

## Diskussionsbeiträge

### Anmerkungen zum Problem der Stickstoffsteuer

Hans Stamer

Die Frage der möglichen Einführung einer Besteuerung der Stickstoffverwendung in der pflanzlichen Erzeugung wird von betriebswirtschaftlichen Kollegen in jüngster Zeit zunehmend befürwortet. Dabei werden nun auch Fragen des Gewässerschutzes in die Diskussion eingebracht und es wird der Agrarpolitik nahegelegt, mit diesem Instrument eine Herabsetzung der Anbauintensität anzustreben.

Da dem mineralischen Stickstoff in der Gewässerverschmutzung vielfach eine zu große Bedeutung beigemessen wird, möchte ich hierzu einiges zum Sachverhalt und dann einiges zu der in der Agrarwirtschaft (1989, S. 201 f.) angesprochenen Strategie bemerken.

#### 1 Zu den Auswaschungen

Auf sandigen Podsolen betrug die Stickstoffauswaschung nach Blume (1988, S. 20 und 22) unter konventionell bewirtschaftetem Acker (Roggen und Mais) 67 kg/ha N und unter (seit 35 Jahren) biologisch-dynamisch bewirtschaftetem Acker (Roggen, Gemüse, Kohl) im selben Gebiet und auf demselben Boden 59 kg/ha N, also nur 8 kg/ha N oder 12 % weniger. Auf guten Böden (lehmige Parabraunerden aus Geschiebemergel) dagegen waschen auch bei hoher N-Zufuhr (225 kg/ha N) bei Winterweizen, Wintergerste oder Raps nur etwa 30 kg/ha N aus, also erheblich weniger als in dem erwähnten alternativ wirtschaftenden Betrieb. Auf guten Böden in Rothamsted, die seit 1870 nicht mehr gedüngt und bestellt wurden, waschen gegenwärtig 45 kg/ha N aus (Rothamsted Experimental Station). Diese N-Auswaschung stammt bei den nicht gedüngten Böden aus

den Niederschlägen (etwa 20 kg/ha N), aus den mikrobiellen N-Bindungen und aus den immer noch im Boden vorhandenen N-Vorräten. Letztere betragen in Böden bis auf 1 m Tiefe etwa 50 bis 100 dt/ha N (Koefer, 1988, S. 20). Sie dürften in Rothamsted in hundert Jahren um etwa 30 % ausgewaschen sein.

Diese Untersuchungen zeigen, daß Stickstoffauswaschungen vor allem von den Niederschlägen, der Bodenart und von der Bodennutzung abhängig sind, weniger von der Mineraldüngung, solange diese ordnungsgemäß erfolgt, d. h. solange unsinnige Überdüngungen vermieden werden. Stickstoffauswaschungen sind im Winterhalbjahr oft vier bis fünf Mal so hoch wie im Sommerhalbjahr. Durch den Umbruch von Grünland, Grünpflanzen oder Rübenblatt etc. und durch das Absterben von Kleinlebewesen im Boden werden im Herbst relativ viel Nährstoffe freigesetzt. Wenn dann die nachfolgende Frucht erst im April oder Mai beginnt, Nährstoffe aufzunehmen, so beispielsweise bei Mais, Kartoffeln, Rüben oder Gemüse, ist die Auswaschung besonders hoch (Sturm, 1987).

#### 2 Das Problem sind die durchlässigen Böden

Aus den Untersuchungen wird deutlich, daß es bei den Stickstoffauswaschungen eine Grundlast gibt, die sich nicht vermeiden läßt. Durch den Anbau von Pflanzen - im Herbst von Zwischenfrüchten - verringert der Landwirt die Auswaschungen. Letztere sind vor allem von der Bodenart abhängig, d. h. Probleme beim Wasserschutz treten im wesentlichen bei den Böden auf, die nicht



oder nicht ausreichend durch Deckschichten gegen Verunreinigungen von der Oberfläche her geschützt sind. Zur Zeit sind im Bundesgebiet 3,36 Mill. ha oder 13,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen oder in der Planung. Rechnet man noch einige durchlässige Standorte hinzu, so dürften etwa 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als grundwassersensibel einzustufen sein.

Für Wasserschutzgebiete gelten zur Zeit beachtliche Auflagen, die vielfach nicht zu erfüllen sind. Ab 1. Oktober 1989 müssen alle landwirtschaftlichen Betriebe dazu beitragen, daß die neuen Grenzwerte der Trinkwasserrichtlinie eingehalten werden. Auf den o. g. Böden ist es aber unmöglich zu garantieren, daß bei den 275 Pflanzenschutzwirkstoffen die festgesetzten Grenzwerte von 0,0001 mg/l nicht überschritten werden. Man hat deshalb die „gefährlichsten“ Pflanzenschutzmittel (etwa ein Drittel) mit einer Wasserschutzauflage versehen und verbietet die Anwendung dieser Wirkstoffe in Wasserschutzgebieten. Dies ist allerdings nur ein Nothelfer, denn eigentlich müßten mehr Pflanzenschutzmittel verboten werden, oder man müßte die „Grenzwerte“ für einige Wirkstoffe abschaffen bzw. heraufsetzen.

In Wasserschutzgebieten darf zur Zeit kein Dauergrünland umgebrochen werden. Im Grunde müßten diese Gebiete als Grünland oder ähnlich genutzt werden. Neben dem Dauergrünland müßten weitere Grünpflanzen in das Umbruchverbot einbezogen werden, weil auch sie zuviel Nitrat beim Unterpflügen freisetzen. Das Verbot des Maisanbaus wird zur Zeit für diese Gebiete diskutiert. Wenn dieses Verbot noch nicht ausgesprochen wurde, so deshalb, weil der Mais in diesen Regionen noch zu den wenigen Kulturpflanzen zählt, die dort gewinnbringend angebaut werden können. Ein Verbot des Maisanbaus wäre für viele Betriebe existenzgefährdend. Weitere Auflagen beziehen sich auf die Düngung und auf die Begrenzung des Viehbesatzes je Flächeneinheit.

Nimmt man die gegenwärtigen Auflagen ernst und geht davon aus, daß die Getreidepreise niedrig bleiben, so ist auf vielen sandigen Standorten langfristig eine gewinnbringende Landwirtschaft nicht mehr möglich. Landwirtschaft wird hier zum großen Teil nur deshalb noch betrieben, weil die Agrarpolitik diese Standorte stützt, so beispielsweise mit den Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, mit dem Wasserpfennig etc., oder weil die Veredelungswirtschaft, d. h. vor allem die Milchviehhaltung, bzw. der Haupt- oder Nebenberuf noch Gewinne erbringt, die in der Ackerwirtschaft eingesetzt werden. Auch durch die vorgeschriebene Flächenbindung der Tierhaltung werden heute zu hohe Pachtpreise (bis 1 000 DM/ha) für sonst wertlose Grenzböden, die besser nicht mehr bewirtschaftet werden sollten, bezahlt.

Wenig verständlich ist aber eine Agrarpolitik, die einerseits etwa 20 % bis 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion nehmen möchte und nehmen sollte, um den Markt zu entlasten und die andererseits die Landwirte mit Hilfe von Ausgleichszahlungen daran hindert, jene 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die als Grenzstandorte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht am ehesten aufgegeben werden sollten, extensiv zu bewirtschaften. In diesen Gebieten sollten den Landwirten m. E. großzügige Pacht- und Kaufangebote für ganze Betriebe unterbreitet werden, und dann sollten die Flächen dem Natur- und Umweltschutz dienen. Dies heißt nicht, daß diese Gebiete veröden müssen. Es geht nur darum, jene Entwicklung planmäßig zu begleiten, die ökonomisch bei den vorprogrammierten weiter sinkenden Getreidepreisen sowieso ablaufen wird.

Wenn z. B. Kollege K ö h n e (1989) schreibt: „Ohne eine Einwirkung auf die Intensität werden die Überschufprobleme kaum zu lösen sein und wird sich die Agrarproduktion mehr als erwünscht auf die besseren Standorte konzentrieren“, so bin ich der Meinung, daß sich die Agrarproduktion mehr als heute erwünscht auf die besseren Standorte konzentrieren sollte - insbesondere auch, um das Problem des Wasserschutzes zu lösen. Eine Verminderung der Intensität, d. h. eine geringere als eine bedarfsgerechte Düngung, bringt auf den guten Böden erhebliche Kosten und gefährdet die Existenz der Landwirtschaft generell (L a n g b e h n und S t a l b, 1987, S. 97 ff.). Einem Minderertrag von 1 dt/Getreide (etwa 35,- DM) dürften Düngereinsparungen von etwa 10,- DM gegenüberstehen. Die Stilllegung von Grenzböden ist kostengünstiger. In vielen Bundesländern werden heute schon Karten entworfen, die

die Grenzböden aus der Sicht des Wasserschutzes ausweisen sollen. In diesen Fällen haben die Landwirte dann auch einen Rechtsanspruch auf eine Entschädigung. Eine Stickstoffsteuer aber würde alle Landwirte belasten.

**3 Die Durchsetzung einer „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“**

Neben dieser Politik, den Wasserschutz mit besonderen Auflagen in den betroffenen Gebieten durchzusetzen, wird heute eine zweite Strategie verfolgt, nämlich die Durchsetzung einer „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“. Dieses Ziel wurde auf der Agrarministerkonferenz am 23.9.1987 in München einstimmig beschlossen. Zu dieser „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ dürfte auch eine nach dem Bedarf der Pflanzen orientierte Düngung zählen, z. B. nach Maßgabe von Boden- oder Pflanzenuntersuchungen oder nach Berechnungen auf der Grundlage regelmäßiger schlagspezifischer Aufzeichnungen. Auch der Anbau von Zwischenfrüchten zur Verminderung des N-Austrags und der Erosion kann dazugehören.

Es ist zur Zeit aber noch nicht generell entschieden, ob Landwirte, die in diesem Sinne „ordnungsgemäß wirtschaften“, dafür eine besondere Vergütung erhalten sollen - auch diese wäre m. E. denkbar -, weil sie einen Beitrag zur Verbesserung des Grundwassers oder der Umwelt leisten, oder ob diese bestimmten Auflagen von allen Landwirten kostenlos verlangt werden. Auflagen dieser Art, für die ich mich hier an dieser Stelle in der o. g. scharfen Form für alle Betriebe verbindlich jedenfalls noch gar nicht aussprechen möchte, würden eine bedarfsgerechte Düngung besser durchsetzen und in bezug auf den Wasserschutz wirkungsvoller sein als die Einführung einer N-Steuer. Letztere trifft die Landwirte, löst aber das Wasserschutzproblem nicht oder nur unzureichend.

**4 Zur Strategie**

Da die Politiker nun einmal überwiegend politisch entscheiden, und da diese Entscheidungen keineswegs auch immer sachbezogen sinnvoll sein müssen, ist es gefährlich, zur Zeit die Einführung einer Stickstoffsteuer zu fordern. Politisch gesehen liegt die Einführung dieser N-Steuer in der Luft, weil viele Bürger, die den Sachverhalt nicht kennen, diese Maßnahme begrüßen würden. Sie würde zur Zeit aber nur eine Alibifunktion erfüllen. Wir Ökonomen sollten davor warnen. Unsere Strategie sollte es sein, den Wasserschutz vor allem auf den erwähnten durchlässigen Standorten, die zur Zeit Schwierigkeiten bereiten, durchzusetzen. Markt- und umweltentlastende Maßnahmen sind in diesen Gebieten zu unterstützen. Düngung und Pflanzenschutzmittel sind möglichst nicht einzusetzen. Ansonsten ist in der Landwirtschaft „ordnungsgemäß zu wirtschaften“.

Die Stickstoffsteuer müßte sehr hoch festgesetzt werden, wenn sie zu geringeren Ernteerträgen führen soll. Sie ist kein Allheilmittel, welches eine Marktentlastung, einen besseren Wasserschutz und eine bessere regionale Verteilung der Landwirtschaft zugleich bewirken würde. Sie würde aber mehr Verwaltung schaffen und die betroffenen deutschen oder europäischen Landwirte gegenüber der nicht betroffenen Konkurrenz schwächen.

Erinnern wir uns doch an Milton F r i e d m a n . Er hat einmal folgendes gesagt:

„Es ist heute schwieriger, die Regierungen davon abzuhalten, der Wirtschaft Schaden zuzufügen, als von ihnen zu erwarten, daß sie Gutes tun. Sie wissen einfach nicht genug, um Gutes tun zu können.“

Wir als Agrarökonomien aber sollten es wissen, d. h. wir sollten wirklich sachlich fundiert argumentieren. Vor allem aber sollten wir uns mehr mit den Umweltfragen beschäftigen; Kosten-Nutzen-Analysen sind in diesem Bereich heute gefragt. Viele Fakten, die solche Analysen ermöglichen, wurden inzwischen erarbeitet. Bisher folgt man noch weitgehend den Vorschlägen der Ökologen. Es ist Zeit, daß sich jetzt auch die Ökonomen zu Wort melden. Insofern gebührt Herrn K ö h n e Dank für die Wahl seines Themas.

**Literaturverzeichnis**

B l u m e , H.-P.: Düngung schleswig-holsteinischer Böden in ihrer Bedeutung für Boden- und Wasserschutz. - Landesnaturschutzverband

*[Marginal notes in German, partially illegible]*



Schleswig-Holstein, Grüne Mappe 1988. Kiel, S. 20 und 22. - K o e f o e d , A. Dam: Landwirtschaft, Umwelt und Düngung. - Vortrag in Kiel am 22.6.1988, S. 20. - L a n g b e h n , C. und S t a l b , H.: Entwicklung in der pflanzlichen Produktion und deren Umweltrelevanz. - In: U r f f , W. von und Z a p f , R. (Hrsg.): Landwirtschaft und Umwelt. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 23. Münster-Hiltrup 1987, S. 97 ff. - K ö h n e , M.: Landwirtschaft

und Wasserschutz - Strategie und Kompromisse. - Agrarwirtschaft 38 (1989), S. 201-202. - Rothamsted Experimental Station: Nitrate leakage from arable soils. o. J. - S t u r m , H.: Stickstoff darf nicht ins Grundwasser. - Landtechnische Zeitschrift, Heft 2, 1987.

Verfasser: Prof. Dr. Hans S t a m e r , Institut für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre, Olshausenstraße 40, 2300 Kiel

## Buchbesprechungen

**Friedrich Schneider und Markus Hofreither (Hrsg.): Chance Landwirtschaft: Wege und Perspektiven für die neunziger Jahre. - Österreichischer Agrarverlag - Wien 1988.**

Der vorliegende Sammelband enthält 43 Beiträge zu verschiedenen, die österreichische Landwirtschaft betreffenden Themen. Friedrich Schneider und Markus Hofreither haben als Herausgeber dieses Buches renommierte Fachleute aus unterschiedlichen Disziplinen mit zum Teil konträren Auffassungen gewonnen, um ein möglichst breites Meinungsspektrum vorzustellen. So sind Autoren aus den Bereichen Politik und Wissenschaft sowie Verbandswesen und Journalismus vertreten.

Die inhaltliche Konzeption der Publikation sieht im wesentlichen zwei Schwerpunkte vor: Zunächst soll eine umfassende nationale und internationale Situationsanalyse und Problemskizzierung des Agrarsektors vorgenommen werden. Darauf aufbauend sind nach den Vorstellungen der Herausgeber Lösungen zu erarbeiten, die in konkrete Politikvorschläge münden. Einleitend werden die Entwicklungslinien der österreichischen Landwirtschaft in der Nachkriegszeit beschrieben und mit Zahlen und Fakten belegt. Der erste Hauptabschnitt umfaßt 14 Abhandlungen über die bestehenden Probleme der Landwirtschaft in Österreich. Mit unterschiedlicher Akzentsetzung beschreiben die einzelnen Autoren das Agrardilemma, das sich in ähnlicher Weise wie in der EG und in den meisten anderen Ländern der westlichen Welt darstellt. Strukturelle Agrarüberschüsse durch Anwendung technischer Fortschritte, steigende staatliche Aufwendungen für agrarpolitische Maßnahmen und unbefriedigende Einkommen in vielen landwirtschaftlichen Betrieben werden als zentrale ökonomische Probleme herausgestellt. Darüber hinaus kommt dem Umweltbereich in fast allen Beiträgen ein hoher Stellenwert zu. Im Vordergrund stehen die überbetrieblichen Leistungen einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft für die Gesellschaft. Die starke Betonung der bäuerlichen Kultur, der Sicherung lebensfähiger ländlicher Räume und der Erhaltung der Kulturlandschaft erscheint nicht zuletzt wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs verständlich. Allerdings werden auch negative Effekte der Landwirtschaft auf die Umwelt behandelt und freiwillige bzw. ordnungspolitische Maßnahmen zu deren Verminderung diskutiert.

Die österreichische Landwirtschaft sieht sich auch im Agraraußenhandel mit wachsenden Schwierigkeiten konfrontiert. So wird betont, daß die ungünstigen Bedingungen auf den internationalen Agrarmärkten ebenso wie die Hartwährungspolitik in Österreich steigende Subventionen für den Agrarexport notwendig machen. Damit verringert sich der Spielraum für die Erzeugerpreisgestaltung mit negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Einkommen und die bäuerliche Agrarstruktur.

In einer Reihe von Beiträgen wird das Verhältnis Österreichs zur EG angesprochen. Vor dem Hintergrund eines möglichen EG-Beitritts werden die Chancen und Risiken für die österreichische Landwirtschaft erörtert. Aufgrund der strukturellen und natürlichen Produktionsbedingungen der österreichischen Landwirtschaft dürften sich erhebliche Anpassungsprobleme ergeben. Vor allem die derzeitige Agrarpolitik mit der Betonung von ökosozialen Elementen steht im Widerspruch zur stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten EG-Agrarpolitik.

Zum besseren Verständnis des agrarischen Umfeldes tragen die Artikel über die Stellung und den Einfluß der landwirtschaftlichen Interessensvertretungen und der österreichischen Raiffeisenorganisa-

tion bei. Der von „Insidern“ dargestellten Situation steht jeweils eine sehr kritische Betrachtung von „Outsidern“ gegenüber.

Mit insgesamt 7 Beiträgen wird die Agrarpolitik außerhalb Österreichs ausführlich behandelt. Zunächst wird die Konzeption und Ausgestaltung der EG-Agrarpolitik vorgestellt und vor allem in ihrer Auswirkung auf die bundesdeutsche Landwirtschaft diskutiert. Da die Situation der Schweizer Landwirtschaft hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen derjenigen Österreichs vergleichbar ist, interessiert in besonderem Maße die Haltung der Schweiz gegenüber der Europäischen Gemeinschaft. Schweizer Agrarfachleute befürchten, daß im Falle eines EG-Beitritts die Landwirtschaft um die Hälfte schrumpft und beträchtliche Direkt-Transfers zum Einkommensausgleich notwendig werden. Der Blick auf die Agrarpolitik im Ausland wird vervollständigt durch Beiträge über die Landwirtschaft in den USA und in Osteuropa.

Nach der sehr umfassenden Schilderung der augenblicklichen Probleme im Agrarbereich und deren Ursachen widmen sich die Autoren des zweiten Hauptteils überwiegend Wegen und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft in den neunziger Jahren. Einleitend stellt der österreichische Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft das Konzept einer ökosozialen Agrarpolitik vor. Wesentliche Zielsetzungen sind neben einer Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz der kleinen bäuerlichen Betriebe.

Nach Darlegung der offiziellen agrarpolitischen Leitlinien werden aus unterschiedlichen Blickrichtungen Szenarien zukünftiger Marktverhältnisse für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft vorgestellt. Zunächst diskutieren einige Autoren Verbesserungen der Milchwirtschaftsordnung und der Marktordnung für Vieh und Fleisch. Als besonders wichtig erscheinen höhere Qualitätsstandards, die überbetriebliche Zusammenarbeit und Marketingstrategien für Markenfleischprogramme. Im Hinblick auf einen EG-Beitritt rechnen die Agrarexperten bei den tierischen Produktionszweigen generell mit geringeren Anpassungsproblemen als im Ackerbau. In Spezialbereichen wie z. B. Zuchtvieh, Wein, bestimmte Milcherzeugnisse dürften sich österreichische Produkte im EG-Binnenmarkt sogar gut behaupten können. Für die Situation bei der pflanzlichen Erzeugung sind Überschüsse kennzeichnend, insbesondere bei Getreide, und die zunehmende Belastung des Naturhaushalts durch Anwendung moderner Produktionsverfahren.

Die Lösung der Agrarprobleme sehen die einzelnen Autoren in einer Qualitätserhöhung bei traditionellen Produkten und einer besseren Vermarktung sowie der Entwicklung und Einführung neuer Produktionsverfahren. Vor allem den landwirtschaftlichen Produktionsalternativen ist ein breiter Raum gewidmet. Im Vordergrund stehen Forderungen nach Ausdehnung des Eiweiß- und Ölpflanzenanbaues und Nutzung pflanzlicher Erzeugnisse als Energie- und Rohstoffträger. Des weiteren wird eine Umwidmung von intensiv genutzten Ackerflächen in sogenannte „Ökologieflächen“ vorgeschlagen.

Die im einzelnen diskutierten agrarpolitischen Instrumente sollen eine Verringerung der Flächenproduktivität ermöglichen (Förderung des alternativen Landbaues, gestaffeltes Preissystem, Betriebsmittelverteuerung, Flächenumwidmung bzw. Flächenstilllegung), eine Umlenkung der Produktion von Überschußprodukten (Getreide) zu Importerzeugnissen (Erbsen, Sojabohnen, Raps, Sonnenblumen) unterstützen und generell die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte verbessern. Für die Erhaltung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe werden vermehrt direkte Einkommenshilfen und zusätzliche,